

URGENT ACTION

NOTSTAND GEFÄHRDET MENSCHENRECHTE

EL SALVADOR

UA-Nr: UA-041/2022 AI-Index: AMR 29/5576/2022 Datum: 9. Mai 2022 – as

BEVÖLKERUNG EL SALVADORS

Am 27. März 2022 genehmigte das Parlament von El Salvador nach Berichten über einen Anstieg der Mordrate durch kriminelle Banden den Notstand. Seither sollen mehr als 25.000 Personen festgenommen worden sein, und die Menschenrechte der Bevölkerung sind ernsthaft gefährdet. Amnesty International fordert Präsident Nayib Bukele auf, alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um den Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit dem Notstand ein Ende zu setzen, und Strategien für den Schutz der öffentlichen Sicherheit zu entwickeln, bei denen grundlegende Rechte gewahrt bleiben.

Die derzeitige Entwicklung der Menschenrechtssituation in El Salvador gibt Anlass zur Sorge. Die Verhängung des Notstands und damit verbundene Maßnahmen haben eine Fülle von Menschenrechtsverletzungen mit sich gebracht. Es liegt in der Verantwortung des Präsidenten, die Menschenrechte und grundlegenden Freiheiten im Land wiederherzustellen. Besonderen Anlass zur Sorge geben folgende Entwicklungen:

1. **Die seit Beginn des Notstands genehmigten rechtlichen Reformen sind eine Gefahr für die Menschenrechte und stehen im Widerspruch zu internationalen Standards.** Es ist besorgniserregend, dass grundlegende Rechte, darunter das Recht auf einen Rechtsbeistand, durch das Notstandsdekret außer Kraft gesetzt werden. Zudem verstoßen weitere Rechtsreformen, u. a. die Abschaffung der Höchstdauer für die Untersuchungshaft und die Genehmigung von Gerichtsverfahren in Abwesenheit der angeklagten Person, gegen das Völkerrecht.
2. **Es gab zahlreiche Berichte über willkürliche Inhaftierungen und Misshandlungen inhaftierter Personen, darunter auch Todesfälle in Gewahrsam.** Die Berichte über die Misshandlung von Häftlingen durch Sicherheitskräfte, nach denen mindestens fünf Personen in Gewahrsam ums Leben gekommen sein sollen, sind alarmierend. Auch die Äußerungen des Präsidenten hinsichtlich der Limitierung von Nahrung und frischer Luft für Gefangene geben großen Anlass zur Sorge. Darüber hinaus haben lokale Organisationen Vorfälle erfasst, bei denen Menschen festgenommen wurden, weil sie tätowiert waren oder sich einfach nur in Gegenden aufhielten, in denen Bandenmitglieder gewöhnlich aktiv sind. Es wurden Hunderte von willkürlichen Inhaftierungen gemeldet.
3. **Journalist_innen, Menschenrechtsverteidiger_innen und Akteur_innen aus der Justiz sind landesweit Angriffen ausgesetzt.** Durch die aktuellen Rechtsreformen können Journalist_innen kaum noch über kriminelle Banden berichten, ohne Gefahr zu laufen, dafür strafrechtlich verfolgt zu werden. Es ist beunruhigend, dass Journalist_innen und Menschenrechtsverteidiger_innen, die sich für die Aufrechterhaltung der Menschenrechte in El Salvador einsetzen, von der Regierung nicht gewürdigt, sondern stattdessen stigmatisiert und schikaniert werden. Darüber hinaus scheinen auch Richter_innen und Strafverteidiger_innen stärker unter Beobachtung zu stehen.

Die Regierung in El Salvador hat eine erschreckende Menschenrechtslage verursacht und muss unverzüglich ihren Kurs ändern. Strategien zum Schutz der öffentlichen Sicherheit sind wichtig, müssen jedoch dafür Sorge tragen, dass grundlegende Menschenrechte gewahrt bleiben.

AMNESTY INTERNATIONAL Deutschland e. V.

Urgent Actions

Zinnowitzer Straße 8 . 10115 Berlin

T: +49 30 420248-0 . F: +49 30 420248-321. E: ua-de@amnesty.de . W: www.amnesty.de/ua

SPENDENKONTO 80 90 100. Bank für Sozialwirtschaft . BLZ 370 205 00

BIC: BFSWDE33XXX . IBAN: DE23370205000008090100

AMNESTY
INTERNATIONAL



HINTERGRUNDINFORMATIONEN

Am 27. März 2022 genehmigte das Parlament von El Salvador den von Präsident Nayib Bukele angeforderten Notstand im Zuge von Berichten über einen Anstieg der Mordrate durch kriminelle Banden. Der normalerweise auf 30 Tage befristete Notstand wurde am 24. April vom Parlament verlängert. Bisher wurden mehr als 25.000 Personen festgenommen, und es gibt Berichte über umfassende Menschenrechtsverletzungen. Amnesty International betrachtet besonders folgende Entwicklungen mit Sorge:

Die im Rahmen des Notstands genehmigten rechtlichen Reformen sind eine Gefahr für die Menschenrechte und stehen im Widerspruch zu internationalen Standards.

Durch das vom Parlament genehmigte Notstandsdekret werden Menschenrechte ausgesetzt, die nach dem Völkerrecht als grundlegend gelten und daher nicht ausgesetzt werden können. Dazu gehören u. a. das Recht auf einen Rechtsbeistand sowie das Recht, über die Gründe einer Inhaftierung informiert zu werden.

Das Parlament verabschiedete noch weitere Rechtsreformen, darunter die Verhängung von Haftstrafen für Minderjährige zwischen 12 und 16 Jahren bei Bandenriminalität; die Möglichkeit, Personen in Abwesenheit zu verurteilen, d. h. ohne dass diese bei der Verhandlung anwesend sind; die Abschaffung einer Höchstdauer für die Untersuchungshaft und die Einführung von Gerichtsverfahren mit „gesichtslosen“, anonymisierten Richter_innen. Letzteres wirft Zweifel hinsichtlich verfahrensrechtlicher Garantien und der richterlichen Unabhängigkeit auf.

Die Reformen sehen außerdem die Verhängung von Haftstrafen für alle Personen vor, die „direkt oder indirekt von wie auch immer gearteten Beziehungen [zu Banden] profitieren“ oder „Botschaften oder Erklärungen wiedergeben“, die von Banden stammen oder „mutmaßlich von diesen stammen“. Die beiden vagen Formulierungen erfüllen nicht die rechtlichen Anforderungen nach dem Völkerrecht. Vor allem letztere könnte zur Kriminalisierung von Journalist_innen führen, die über Aktivitäten im Bandenkontext berichten.

SCHREIBEN SIE BITTE

E-MAILS, FAXE, TWITTERNACHRICHTEN UND LUFTPOSTBRIEFE MIT FOLGENDEN FORDERUNGEN

- Heben Sie alle Rechtsreformen, die nicht mit dem Völkerrecht und internationalen Standards vereinbar sind, auf oder ändern Sie diese.
- Sorgen Sie dafür, dass die Rechte von Gefangenen auf verfahrensrechtliche Garantien und eine faire Behandlung gewahrt werden.
- Beenden Sie die Stigmatisierung von Zivilgesellschaft, Presse und Vertreter_innen der Justiz, und sorgen Sie dafür, dass diese Personen ihrer Arbeit frei von Repressalien nachgehen können.

ACHTUNG! Aufgrund der Verbreitung des Coronavirus ist die weltweite Briefzustellung momentan eingeschränkt. Da sich die Zustellung täglich ändern kann, prüfen Sie bitte auf der Website der Deutschen Post unter „Aktuelle Informationen zum Coronavirus“, ob Briefe im Zielland zugestellt werden. Falls nicht, senden Sie Ihre Appellschreiben bis auf Weiteres bitte auf elektronischem Weg. Appelle in Papierform können außerdem an die Botschaft des Ziellandes in Deutschland geschickt werden.

APPELLE AN PRÄSIDENT

President Nayib Bukele
(Anrede: Dear President / Sehr geehrter Herr Präsident)

E-Mail: contacto@president.gob.sv

Twitter: @nayibbukele

KOPIEN AN

BOTSCHAFT DER REPUBLIK EL SALVADOR

I.E. Frau Florence Eugenia Vilanova De von Oehsen
Hessische Str. 11
10115 Berlin

Fax: 030-2064 6629

E-Mail: embasal@embasalva.de oder
congen@embasalva.de

Bitte schreiben Sie Ihre Appelle **möglichst sofort**. Schreiben Sie in gutem Spanisch, Englisch oder auf Deutsch. Da Informationen in Urgent Actions schnell an Aktualität verlieren können, bitten wir Sie, nach dem **25. Mai 2022** keine Appelle mehr zu verschicken.

PLEASE WRITE IMMEDIATELY

- Repeal or amend all legal reforms that do not comply with international law and standards.
- Guarantee the rights of prisoners to due process and fair treatment.
- Stop the stigmatization of civil society, the press and judicial actors, and ensure that these individuals can perform their work without reprisals.

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



HINTERGRUNDINFORMATIONEN – FORTSETZUNG

Zivilgesellschaftlichen Organisationen sind mehr als 300 Berichte über Menschenrechtsverletzungen im Rahmen des Notstands zugegangen, mehr als 70 % davon in Zusammenhang mit willkürlichen Inhaftierungen.

Wie lokale Organisationen und Medien berichten, werden teilweise Menschen in von Armut und Benachteiligung geprägten Stadtvierteln nur deshalb festgenommen, weil sie tätowiert sind oder sich in Gegenden aufgehalten haben, in denen gewöhnlich Bandenmitglieder aktiv sind. Diese Personen haben Berichten zufolge keinen Zugang zu einem Rechtsbeistand. Es herrschten auch Zweifel hinsichtlich der richterlichen Unabhängigkeit und der Möglichkeit dieser Personen, eine faire gerichtliche Überprüfung ihrer Inhaftierung zu erwirken. Es gab auch Berichte über Misshandlungen im Zusammenhang mit dem Notstand, und der Präsident machte beunruhigende Äußerungen in Bezug auf die Limitierung des Zugangs von Gefangenen zu Nahrungsmitteln und frischer Luft. Berichten zufolge sind mindestens fünf Personen im Zusammenhang mit dem Notstand in Gewahrsam gestorben.

Journalist_innen und Menschenrechtsverteidiger_innen, die sich gegen den Notstand ausgesprochen haben, werden von den Behörden in Sozialen Medien und auf anderen Kanälen schikaniert und stigmatisiert. Die Schikanie von Journalist_innen in El Salvador hat solche Ausmaße angenommen, dass einige von ihnen sich gezwungen sahen, aus Angst vor Repressalien das Land zu verlassen. Auch Richter_innen und Strafverteidiger_innen sollen verstärkt unter Beobachtung stehen.

Die Verhängung des Notstands und die damit einhergehenden Maßnahmen stehen in einem breiteren Zusammenhang der Einschränkung des zivilgesellschaftlichen Handlungsspielraums in El Salvador. Im Mai 2021 stimmte das Parlament, das von Nayib Bukeles Partei *Nuevas Ideas* kontrolliert wird, für die Absetzung von Richter_innen der Verfassungskammer des Obersten Gerichtshofs. Diese Entscheidung wurde weithin als Angriff auf die richterliche Unabhängigkeit in El Salvador angesehen. Das Parlament versuchte außerdem, ein Gesetz zu verabschieden, das Einschränkungen für die Finanzierung von zivilgesellschaftlichen Organisationen aus dem Ausland vorsieht. Bei Inkrafttreten würde das Gesetz zu beträchtlichen Einschränkungen der Arbeit von NGOs in El Salvador führen. Präsident Bukele äußert sich in den Sozialen Medien häufig verächtlich und stigmatisierend über die Arbeit von NGOs und Journalist_innen. Im Januar 2022 stellte sich heraus, dass mindestens 35 Personen, meist unabhängige Journalist_innen regierungskritischer Medien, mit Hilfe der Pegasus-Spyware ausspioniert wurden.

